

## **Antrag: B 4 – BeKo 2004**

### **Grundrecht Mobilität – Kostenloses SchülerInnen ticket für Hessen!**

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

#### **Wir fordern die Einführung eines hessenweiten und vollständig steuerfinanzierten SchülerInnen- und Auszubildendentickets!**

##### Begründung:

Das Grundrecht auf Mobilität ist fester Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge unseres Staates.

Bildung und der Weg zu Bildungseinrichtungen muß vollständig kostenfrei für Schülerinnen und Schüler bzw. deren Eltern sein.

Die Möglichkeit eine bestimmte Schule oder überhaupt eine Oberstufe zu besuchen darf nicht von der sozialen Herkunft junger Menschen abhängen. Um auch Jugendlichen aus sozial schwächer gestellten Familien gleiche Bildungschancen einzuräumen ist es Aufgabe des Staates jedem jungen Menschen die Möglichkeit zu eröffnen durch kostenlose Fahrt zur Schule eine weiterführende Schule zu besuchen. Durch die hohen Kosten, die entstehen, um von ländlichen Gebieten in Städte mit Oberstufenschulen zu fahren wird es Schülerinnen und Schülern aus ärmeren Familien oft unmöglich gemacht eine weiterführende Schule zu besuchen. Um den Gegensatz zwischen Stadt und Land nicht zu verschärfen und allen Jugendlichen unabhängig von sozialer und geographischer Herkunft die gleichen Möglichkeiten zum Besuch einer Oberstufenschule zu eröffnen ist es dringend notwendig soziale Barrieren zwischen Stadt und Land zu durchbrechen.

Nur eine vollständig steuerfinanzierte Variante eines SchülerInnen tickets verhindert eine Diskriminierung sozial schwächerer Schichten und von Familien allgemein. Nicht nur Eltern sollen für die Finanzierung der Ausbildung hessischer Jugendlicher verantwortlich sein.

Jungen Menschen den kostenlosen Weg zur Bildungseinrichtung zu ermöglichen ist Aufgabe der gesamten Gemeinschaft. Der mittlerweile scheinbar selbstverständlichen Familienfeindlichkeit in unserer Gesellschaft muß hier durch eine Entlastung der Eltern unter Verweis auf die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die Ausbildung junger Menschen ein Riegel vorgeschoben werden.

Eine Beteiligung von Schülern oder Eltern an den Kosten der Fahrt – auch nur im geringen Maße – ist immer sozial ungerecht, da ein Anwalt, oder dessen Sohn, sicherlich leichter eine Eigenbeteiligung zahlen können als ein Arbeiter oder dessen Kind. Gerade unter verteilungspolitischen Gesichtspunkten ist eine rein steuerfinanzierte Variante des SchülerInnen tickets zu befürworten, da durch unser progressives Steuersystem zumindest eine geringe Umverteilung von reich nach arm stattfindet. Wir grenzen unser Modell des SchülerInnen tickets deshalb deutlich von etwaigen Modellen mit Eigenbeteiligung von Eltern oder Schülerinnen und Schülern ab.

Um im Interesse ALLER Schülerinnen und Schüler und deren Familien zu handeln kann also nur ein rein steuerfinanziertes SchülerInnen ticket Forderung der Jusos sein. Unter anderem durch eine zweckgebundene Erhöhung der Vermögenssteuer oder Erbschaftssteuer für größere Investitionen ins Bildungssystem zu tätigen ist es

problemlos möglich auch die Fahrt zur Schule zu finanzieren. Hier besteht eine gesellschaftliche Verantwortung.

Mobilität ist ein wichtiger Faktor der Existenz. Nur wer sich frei bewegen kann, kann auch frei sein!

Nur wenn man auch SchülerInnen den Freiraum einräumt können sie ihren Horizont erweitern.

Um SchülerInnen und Schülern neben der obligatorischen Bildung in der Schule die Möglichkeit zu

bieten die kulturelle Vielfalt unseres Bundeslandes zu erfahren und sich somit ständig fortzubilden, muß das anzustrebende SchülerInnenticket hessenweite Gültigkeit haben. Die Kulturschätze unseres Bundeslandes sollten genauso wie die Geschichte einzelner hessischer Städte allen Jugendlichen zugänglich gemacht werden. Ein auf bestimmte Zonen beschränktes SchülerInnenticket hindert junge Menschen daran über ihren eigenen lokalen ‚Tellerrand‘ zu blicken. Bildung findet nicht nur in der Schule statt. Ausflüge wie Museumsbesuche sind ein wichtiger Teil der kulturellen Entwicklung. Kindern und Jugendlichen muß die Möglichkeit gegeben werden, ihre Umgebung kennen zu lernen, auch über ihre Heimatstadt hinaus.

Wichtig bei der Forderung nach dem SchülerInnenticket ist eine Solidarisierung mit StudentInnen. In der internen wie öffentlichen Diskussionen dürfen wir nicht die bestehenden ‚Privilegien‘ für Studierende gegen die Kosten für Schülerinnen und Schüler abwägen. Ein günstigeres Klima für Bildung und damit ein Bewußtsein der gesellschaftliche Verantwortung für kostenlose schulische und universitäre Bildung können wir nur gemeinsam erreichen.

**Der Weg zur Schule muß genauso wie die schulische Bildung kostenlos sein! Bildung ist ein Menschenrecht und deshalb allen jungen Menschen gleichermaßen zugänglich zu machen.**